

Gastkommentar. Ein Plädoyer für eine gesamtheitlichere Perspektive auf die Corona-Maßnahmen.

Interdisziplinarität würde uns helfen

VON KLAUS ATZWANGER

Als ich in den 1980er-Jahren studierte, war die Idee, dass die Zukunft der Wissenschaft interdisziplinär abläuft, groß in Mode. Ich studierte Biologie, aber da ich mich für menschliches Verhalten interessierte, bewegte ich mich fachlich in die Nähe der Psychologie. Glücklicherweise erlebte in diesen für mich prägenden Jahren die evolutionäre Psychologie, vor allem in den USA, ihren Aufschwung und löste die Humanethologie ab. Wir arbeiteten daher am Max-Planck-Institut, in welchem ich als Doktorand und Postdoc forschen durfte, interdisziplinär, also im Austausch mit Zoologen, Anthropologen, Psychologen, Linguisten und Ethnologen.

Wir hofften damals, dass unsere Arbeitsweise des Verknüpfens unterschiedlicher wissenschaftlicher Perspektiven auf den gleichen Forschungsgegenstand, die biopsychischen Grundlagen menschlichen Verhaltens, in Zukunft der Schlüssel zu Wissen über den Menschen und für Lösungsvorschläge sein würde.

Heute, die Berichterstattung über die wissenschaftliche Beratung der Bundesregierung zur Coronapandemie lesend, bin ich nicht sicher, wie viel unserer damaligen Perspektive der Interdisziplinarität verwirklicht wurde. Zu einseitig scheinen Politiker derzeit auf einige wenige Disziplinen zu hören. Natürlich sind Virologen wichtig, um die medizinische Gefährlichkeit des Virus einschätzen zu können, und Mathematiker können mithelfen, exponentielle Berechnungen für Worst-Case-Prognosen aufzubereiten. Aber wäre es nicht höchste Zeit, zusätzlich z. B. aus der Sicht von Public-Health-Experten eine Abwägung zwischen dem Nutzen von Maßnahmen für die Gesellschaft und dem möglichen Schaden für Einzelne zu erstellen und einzubeziehen? Wenn ich die von Daniel Strech und Georg Marckmann in ihrem Buch „Public Health Ethik“ aufgestellten sechs Kriterien, die zur ethischen Beurteilung von Ge-

sundheitsförderungs- und Präventionsmaßnahmen herangezogen werden sollten, richtig interpretiere, ist das wichtigste Kriterium von Maßnahmen in einer Pandemie die Verhältnismäßigkeit. Martin Sprenger (mündliche Mitteilung 2021) hat vier Fragen zur Beurteilung der Pandemie-maßnahmen formuliert:

- 1) Wie viele gesunde Lebensjahre werden durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie gewonnen?
- 2) Wie viele gesunde Lebensjahre gehen durch Unter- und Fehlversorgung von Non-Covid-19-Erkrankungen, Einschränkungen in der Primärprävention, Früherkennung, Rehabilitation, Betreuung und Pflege verloren?
- 3) Wie viele gesunde Lebensjahre gehen durch eine negative Beeinflussung der Determinanten von Gesundheit wie Bildung, Einkommen, soziale Netzwerke, Lebens- und Arbeitsbedingungen, Lebensstil etc. verloren?
- 4) Wie viele gesunde Lebensjahre gehen durch psychosoziale Folgen der Maßnahmen verloren?

Eine Verhältnismäßigkeit der verhängten Maßnahmen wäre nach Sprenger nur gegeben, wenn Punkt 1 größer ist als $2 + 3 + 4$. Mathematische Modelle zur quantitativen Berechnung dieser Verhältnismäßigkeit sind erst im Aufbau.

Aus meiner Perspektive sind solche interdisziplinären Betrachtungen sehr wesentlich, um bei der weiteren Beurteilung von Maßnahmen zu entscheiden, ob die erwünschten Wirkungen wirklich überwiegen und die unerwünschten Wirkungen insgesamt tolerabel sind.

Die Bevölkerung hat trotz einiger berühmt gewordener Ausnahmen die verhängten Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung in beeindruckender Weise mitgetragen. Doch wenn wir nicht bald zu einer gesamtheitlicheren Beurteilung von Nutzen und Schaden von Maßnahmen finden, bin ich pessimistisch, dass die Akzeptanz der Maßnahmen in der Bevölkerung weiterhin so funktioniert.

Dr. Klaus Atzwanger (* 1965) ist Verhaltenswissenschaftler, Unternehmensberater